

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
Abteilung Finanzen, Personal, Wirtschaft, Kultur, Diversity und Klima
Partizipationsbüro
Tel: 90298-2643
E-Mail: Partizipationsbuero@ba-fk.berlin.de

Protokoll über die Sondersitzung des Beirates für Partizipation und Integration vom 16.01.2024 in BVV Saal

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

TOP 1: Protokollkontrolle über die Sitzung vom 19.12.2023

Wird auf die nächste Sitzung vertagt

TOP 3: Bericht aus dem Partizipationsbüro (vorgezogen)

Partizipationsbeauftragte Sahra Nell berichtet zu folgenden Themen:

Bundesprogramm Demokratie leben

Die Fördermittel im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben für die Partnerschaften für Demokratie Friedrichshain und Kreuzberg wurden zunächst als Teilbewilligung jeweils i.H.v. 40.000 € bis zum 31.03.2024 bewilligt.

Für die Projektumsetzung ist eine interne sowie eine externe Koordination zuständig. Die interne Koordination trägt die Verantwortung für die Projektumsetzung und ist zentrale Ansprechpartnerin für den Zuwendungsgeber (BAFzA) vor Ort. Sie übernimmt die Berufung, die Gestaltung und Organisation einer externen Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses. Darüber hinaus ist sie für die rechtsverbindliche Antragstellung auf Zuwendung von Bundesmitteln, für die Weiterleitung der zugewendeten Bundesmittel an Dritte, für die ordnungsgemäße Mittelverwendung sowie die Abrechnung der Fördermittel zuständig. Hierfür müssen in jedem Fall mindestens 0,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) pro Partnerschaft zur Verfügung gestellt werden. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg pflegt zwei Partnerschaften für Demokratie (Friedrichshain + Kreuzberg). Die Stelle der internen Koordination ist aktuell mit 0,5 VZÄ in Form von Honorarkraft im Partizipationsbüro besetzt. Dieser zentralen Aufgabe über Honorarverträge nachzukommen, produziert zusätzliche strukturelle Probleme in der Strategientwicklung zur Demokratie und gegen Radikalisierung sowie im Auf- und Ausbau von Maßnahmen zur Rechtsextremismusprävention, Demokratieförderung, Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Solch gesellschaftlich relevante Themen an zentraler Stelle benötigen planbare Personalressourcen.

Zu den Aufgaben der externen Koordination gehören die Gesamtkoordination der „Partnerschaft für Demokratie“ in Zusammenarbeit mit der internen Koordination, dem Begleitausschuss und weiteren Akteur*innen der Partnerschaften, die fachliche Beratung von Projektträgern und die Begleitung von

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

Einzelmaßnahmen sowie die Koordinierung der Arbeit des Begleitausschusses. Ferner ist sie für die externe Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit zuständig. Die zwei Fachstellen sind jeweils mit 1 VZÄ und 0,26 VZÄ besetzt.

Für die Förderperiode 2025-2029 wird ein Handlungskonzept entwickelt, das als Grundlage für die nächste Antragstellung gelten soll. Aktuell wird eine Erhebung bezüglich Bedarfen vorbereitet. Die Beiratsmitglieder erhalten ebenfalls die Möglichkeit, an der Umfrage teilzunehmen. Die Ergebnisse werden bei der Ausarbeitung des Handlungskonzept 2025-2029 berücksichtigt.

Mitgliedschaft im Beirat

Der Beirat wird über eine Mitgliedschaftsniederlegung aus personellen Gründen von Asyl in der Kirche e.V. informiert. Damit wären zwei Sitze im Beirat neu zu besetzen. In diesem Zusammenhang wird auf die fehlende Wahlordnung hingewiesen, die das Verfahren der Neubesetzung definieren soll. Dem Beirat wird empfohlen sich eine Wahlordnung zu geben. Diese könnte eine Aufgabe für die AG beiratsrelevanten Themen sein.

Integrationsfonds2024

Auf Nachfrage einiger Beiratsmitglieder zum aktuellen Stand wird berichtet, dass die Senatsverwaltung - SenASGIVA - dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Mittel i.H.v. 808.452 € im Rahmen der Auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen wird. Die Mittel aus dem Aktionsplan Ukraine, die 2023 ebenfalls unter dem Integrationsfonds geführt wurden, werden nach aktuellem Stand für 2024 nicht weiter zur Verfügung gestellt. Eine Verfahrensregelung der Förderung seitens der Senatsverwaltung steht noch aus. Bis jetzt gilt das Gesamtkonzept für Geflüchtete sowie das PartMigG als Fördergrundlage. Es wird betont, dass die Finanzierung aus dem Integrationsfonds ausschließlich als Projektförderung vorgesehen ist d.h. einjährige Förderung, in ihrer Gesamtheit max. fünf Jahre. In besonderen begründeten Fällen ist eine Ausnahme möglich. Projekte, die in vergangenen Jahren durch den Integrationsfonds gefördert wurden, haben keinen Anspruch auf eine automatische Weiterförderung. Die Förderrichtlinien für das Jahr 2025 werden in der Federführung des SenASGIVA in Zusammenarbeit mit allen Bezirksbeauftragten für Partizipation und Integration erstellt.

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann ergänzt, dass gemäß der Rückmeldung des Senats, geplante bzw. bereits im 2023 in Betracht gezogene Projekte in 2024 umgesetzt werden können. Sahara Nell erwähnt, dass auch hier die geltenden gesetzlichen Grundlagen im Zuwendungsrecht bestehen.

Der Beirat kritisiert, dass die Fördermittelvergabe im Bezirk bis jetzt nicht transparent erfolgte und dass es keine Beteiligung des Beirates bei dem Verfahren stattgefunden hat. Es wird vereinbart, dass eine Übersicht zur nächsten Sitzung vorbereitet wird, die dem Beirat einen Einblick über die in Vergangenheit geförderten Projekten ermöglicht.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

TOP 2: Bericht aus dem Bezirksamt

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann berichtet zu folgenden Themen:

Im Zuge der vorhergehenden Diskussion zum Integrationsfondsverfahren betont die Bürgermeisterin, dass es dem Bezirksamt wichtig ist, die Strukturen nicht verloren gehen zu lassen und das Willkommenskultur im Bezirk aufrecht zu erhalten.

Haushalt

Clara Herrmann weist auf die Knappheit von öffentlichen Mittel im Allgemeinen hin. Die Einsparungen werden auf allen Ebenen vorgenommen. Im Rahmen der Auftragsweisen Bewirtschaftung definieren die Senatsverwaltungen die Aufgaben, die die Bezirke dann umsetzen. Hierbei geht es um eine operative Arbeit. Es wird die Problematik erörtert, dass es bis jetzt keine verlässliche Aussage seitens des Senates hinsichtlich der Auftragsweisen Bewirtschaftung in mehreren Bereichen gibt.

Aktuelle Debatte um AfD-Verbot

Aktuelle Ereignisse im Zusammenhang mit zahlreichen Veranstaltungen am 14.01.2024 gegen Rechtsextremismus werden von Beiratsmitgliedern angesprochen. Clara Herrmann schlägt vor, das Thema gemeinsam mit dem Beirat zu erörtern, um zu klären, welche Aufgabe und Rolle der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in der Auseinandersetzung bei der Ausbreitung vom Rechtsextremismus hat.

Geflüchtete

Der Beirat wird über die rückläufigen Zahlen der ankommenden Geflüchteten informiert. Die Bezirksbürgermeisterin hat die Unterkunft am Warschauer Platz besucht. Die Unterkunft verfügt über 600 Platzkapazität. Aktuell sind dort 260 Geflüchtete untergebracht, davon über 60 Kinder. In der laufenden Woche besucht Clara Herrmann gemeinsam mit dem Staatssekretär Broemme die Unterkunft in der Hasenheide.

Die Eröffnung einer weiteren Unterkunft im Rudolf Kiez ist in Planung.

Stellenausschreibung Gleichstellungsbeauftragte

Die Beiratsmitglieder äußern die Kritik bezüglich der Veröffentlichung der Stellenausschreibung der Gleichstellungsbeauftragten, die zwischen den Feiertagen und mit einer kurzen Bewerbungsfrist erfolgte. Die Bezirksbürgermeisterin erwidert, dass dies dem üblichen Verfahren entspricht. Sie bietet jedoch an, dies in der Bezirksamtssitzung erneut zu diskutieren. Gleichzeitig warnt sie vor der Konsequenz, dass das Verfahren gestoppt wird, was zur weiteren Vakanz der Stelle führen kann.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

TOP 4 Jahresplanung ggf. Berichte aus den Arbeitsgruppen

Entfällt

TOP 5: Sonstiges

Correctiv Artikel

Die Beiratsmitglieder diskutieren über die Ausbreitung vom Rechtsextremismus. Die alarmierenden Entwicklungen in diesem Bereich zeigte der Correctiv Artikel vom 10.01.2024 auf. Mehrere Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und AfD fanden deutschlandweit statt. Die Beiratsmitglieder appellieren an die anwesenden Vertreter*innen der Fraktionen sich dem Thema intensiver zu widmen.

AG-Arbeit

Die Geschäftsstelle erstellt die E-Mail Verteiler für jeweiligen AGen und versendet sie an die Beiratsmitglieder. Jede AG benennt eine Ansprechperson. Die Terminkoordination und Selbstabstimmung liegt in der Eigenverantwortung der jeweiligen Arbeitsgruppe. Als mögliche Arbeitsgrundlage für zukünftigen Aktivitäten der AG kann der Themenspeicher genutzt werden, der aus der Workshopreihe im vergangenen Jahr resultierte.

PartMig Ausschuss

Taina Gärtner weist darauf hin, dass zwei stellvertretenden Plätze für Bürgerdeputierten im PartMig Ausschuss der BVV zu besetzen sind. Nähere Informationen hinsichtlich der Bewerbungskriterien werden nachgereicht.

Workshop zum Thema PartMigG

Die Beiratsmitglieder regen an, einen Workshop zum Thema „PartMigG als Auswirkung auf Handlungs-und Mitwirkungsmöglichkeiten für den Beirat“ zu organisieren.

Hanau-Gedenktag

Hinweis auf die Gedenkkundgebung auf dem Oranienplatz am 19.02.2024 um 17 Uhr.

Die nächste Beiratssitzung findet am 12. März 2024 um 17 Uhr im BVV Saal des Rathauses Kreuzberg in der Yorckstraße 4 - 11 in 10965 Berlin statt.